UNIVERSITÄT BIELEFELD IKG Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung

Friedrich Ebert Stiftung

Zentrale Ergebnisse der Mitte-Studie 2024/25

Berlin, 6.11.2025: Unter dem Titel „Die angespannte Mitte“ stellt eine Forschungsgruppe unter Leitung von Prof. Dr. Andreas Zick vom Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung (IKG) der Universität Bielefeld die neue Mitte-Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung zu rechtsextremen, menschenfeindlichen und demokratiegefährdenden Einstellungen in Deutschland vor. Auf Basis einer repräsentativen Bevölkerungsumfrage werden in der Reihe der Mitte-Studien die Verbreitung, Entwicklung und Zusammenhänge sozialer und politischer Einstellungen analysiert, um Auskunft über aktuelle und langfristige Herausforderungen der Demokratie und Gesellschaft zu geben. Die Beiträge der Mitte-Studie 2024/25 beleuchten unterschiedliche Facetten, Kontexte und Hintergründe demokratiegefährdender Einstellungen. Die Ergebnisse werden am 6. November 2025 der Öffentlichkeit zugänglich gemacht und ausführlich im Buch zur Studie dargestellt, welches im Dietz-Verlag Bonn erscheint.

---

1. Weniger Menschen mit rechtsextremem Weltbild als vor zwei Jahren – Offenheit für antidemokratische Orientierungen bleibt jedoch bestehen.

Die große Mehrheit, insgesamt drei Viertel der Menschen in Deutschland, lehnen rechtsextreme Einstellungen ab. 3,3 % teilen ein klar rechtsextremes Weltbild. Das ist ein Rückgang gegenüber dem Anteil von vor zwei Jahren (2022/23: 8 %), aber ein konstantes Niveau gegenüber den weiteren Vorjahren (2014–2021: 2-3 %). Zudem äußert sich jede fünfte Person ambivalent gegenüber rechtsextremen Aussagen, d.h. sie stimmt weder zu noch lehnt sie diese deutlich ab. Dieser Graubereich von 20 % hat sich gegenüber dem Vorjahr gefestigt und zeigt eine Offenheit für antidemokratische Orientierungen. Die Zustimmung zu nationalchauvinistischen Aussagen ist dieses Jahr leicht gestiegen auf insgesamt knapp 20 %. So denkt bspw. fast ein Viertel (23 %): »Das oberste Ziel der deutschen Politik sollte es sein, Deutschland die Macht und Geltung zu verschaffen, die ihm zusteht.« Aber auch fast jede sechste Person (15 %) antwortet diktaturbefürwortend »Wir sollten einen Führer haben, der Deutschland zum Wohle aller mit starker Hand regiert«.

2. Rechtsextremismus wird größtenteils als bedrohlich wahrgenommen – aber wer ihn verharmlost, ist selbst eher rechtsextrem eingestellt und billigt politische Gewalt.

70 % empfinden den zunehmenden Rechtsextremismus als Bedrohung für Deutschland. Aber 22 % der Befragten verharmlosen den Rechtsextremismus und finden z.B., er werde »in den Medien hochgekocht« oder, dass es am besten sei, den Rechtsextremismus »gar nicht zu beachten«. Wer den Rechtsextremismus verharmlost, erkennt zudem keine eigene oder gesellschaftliche Verantwortlichkeit für die Auseinandersetzung damit an, ist selbst deutlich eher rechtsextrem eingestellt und billigt häufiger den Einsatz politischer Gewalt. Mit 7 % sind dabei weniger Befragte als zuletzt etwa der Auffassung, einige Politiker:innen hätten es verdient, wenn »die Wut gegen sie schon mal in Gewalt umschlägt« (2020/21: 5 %; 2022/23: 13 %). 13 % antworten aber zusätzlich »teils/teils«. Ein harter Kern von 7,5 % billigt und rechtfertigt körperliche Gewalt gegen »Fremde«.

3. Mehrheit von Demokratie überzeugt – Zweifel an ihrem Funktionieren und ihrer Gerechtigkeit jedoch auf Höchstwert.

Die große Mehrheit (79 %) der Bevölkerung bezeichnet sich grundsätzlich als überzeugte Demokrat:innen – das sind sechs Prozentpunkte mehr als vier Jahre zuvor. Gleichzeitig sind die

Zweifel an der Leistungsfähigkeit der liberalen Demokratie erneut gewachsen: Nur noch 52 % finden, die Demokratie funktioniere »im Großen und Ganzen ganz gut« (2022/23: 57 %; 2018/19: 65 %). Ein Viertel (24 %) verneint dies – das ist ein Höchstwert seit 2016. Lediglich etwas mehr als ein Drittel (37 %) findet, es gehe in Deutschland insgesamt gerecht zu. Wer die Demokratie dagegen als gut funktionierend und fair erlebt, stützt ihre Werte und Prinzipien: Diese Befragten vertrauen ihr nahezu geschlossen (94 %) und lehnen Aussagen, die die Demokratie delegitimieren, ab. Umgekehrt stimmen je knapp zwei Drittel jener, die sie als nicht gut funktionierend und unfair bewerten, Demokratiemisstrauen (62 %) und delegitimierenden Aussagen (64 %) zu. 62 % dieser demokratiekritischen Befragten glauben *[1]: »Die regierenden Parteien betrügen das Volk«, 54 % fordern »mehr Widerstand gegen die aktuelle Politik«, während es bei den Befragten, die die Demokratie positiv wahrnehmen, jeweils nur 5,5 % sind. Zwar meinen 88 % aller Befragten, in einer Demokratie solle die Würde und Gleichheit aller an erster Stelle stehen. Allerdings ist ein Drittel (34 %) der Ansicht »Im nationalen Interesse können wir nicht allen die gleichen Rechte gewähren« (2022/23: 34,5 %). Ein Viertel (25 %) meint, es werde »zu viel Rücksicht auf Minderheiten genommen« (2022/23: 26 %), mehr als jeder Zehnte (11 %) lehnt es ab, die Grundrechte von Minderheiten zu schützen.

4. Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit bleibt fest in der Mitte verankert.

Fast ein Drittel unterstellt Geflüchteten Sozialmissbrauch (36 %»teils/teils«) und jede sechste Person gibt an, bei der Politik Israels gut verstehen zu können, »dass man etwas gegen Juden hat« (22 % »teils/teils«). Die vollständige wie auch anteilige Zustimmung zu antisemitischen Aussagen hat sich tendenziell verschärft. 11 % fordern weiterhin »Frauen sollten sich wieder mehr auf die Rolle als Ehefrau und Mutter besinnen«. Auch die Abwertung von Trans*-Menschen hat mit 19 % weiter zugenommen. Mit am stärksten ausgeprägt bleiben Vorurteile mit Bezug auf die sozioökonomische Lage von Menschen: 36 % stimmen etwa der Aussage zu, Langzeitarbeitslose machten sich »auf Kosten der Gesellschaft ein bequemes Leben«. Dass für Menschen mit Behinderung in Deutschland »zu viel Aufwand betrieben« werde, meinen mit rund 3 % wenige Befragte, weitere 8 % schließen sich diesem Vorwurf jedoch teilweise an. Diese ambivalenten und uneindeutigen Haltungen gegenüber menschenfeindlichen Positionen nehmen zu und prägen zentrale Ungleichwertigkeitsvorstellungen in der Mitte: Rassismus, Antisemitismus, Hetero-/ Sexismus und Klassismus hängen dabei eng zusammen. Jede:r vierte Befragte zeigt sich zumindest teilweise bereit, die Gleichwertigkeit von Menschen in Frage zu stellen, rund 6 % werten mehrere Gruppen übergreifend ab.

5. Nützlichkeits- und Leistungslogiken verstärken antidemokratische Orientierungen – und bilden eine Brücke zu Ungleichwertigkeitsvorstellungen und rechtsextremer Ideologie

Ein Viertel (25 %) der Befragten hängt einer libertär-autoritäre Ideologie an: Diese vereint neoliberale, hyperindividualistische und autoritäre Gesellschaftsbilder. Leistungsorientierte Werte wie die individuelle Wettbewerbsfähigkeit, Freiheit und das Leitbild, jede:r solle in erster Linie auf sich selbst achten, stehen im Vordergrund. Diese Gruppe neigt deutlich stärker zu einem rechtsextremen Weltbild (13,5 %) und der Billigung politischer Gewalt (19 %): So stimmen sie der Aussage »Gegen politische Gegner muss man auch mal Gewalt einsetzen, um nicht den Kürzeren zu ziehen« deutlich häufiger zu, als Befragte ohne diese Ideologie (20 % vs. 1,5 %). Der leistungs- und nützlichkeitsorientierte Blick auf die Welt ist anschlussfähig an antidemokratische, rechtsextreme und gewaltbilligende Haltungen. Die Idee, nicht »zu viel« oder gar keine Solidarität mit Schwächeren zu zeigen, da dies unprofitabel sei und die eigene individuelle Freiheit bedrohe, transportiert dabei Menschenfeindlichkeit subtiler als der klassische Rechtsextremismus in die gesellschaftliche Mitte.

[1] In einer früheren Fassung war dieser Satz missverständlich, hier wurde er konkretisiert. Aus der Gruppe derer, die die Demokratie als nicht gut funktionierend und unfair einschätzen, sagen 62 % »Die regierenden Parteien betrügen das Volk« und 54 % fordern »mehr Widerstand gegen die aktuelle Politik«. Bei den Befragten, die die Demokratie positiv wahrnehmen, sind das jeweils nur 5,5 %. Gleichzeitig wurden in diesem Absatz 3 Zahlen korrigiert (grau unterlegt)

6. Autoritäre Erziehung und Sozialisation wirken sich auf antidemokratische Orientierungen aus

Menschen mit hoher Autoritarismusneigung im Erwachsenenalter, die auch eine autoritäre bzw. besonders eine leistungsorientierte Erziehung durch ihre Eltern erfahren haben, verfügen überdurchschnittlich oft über ein rechtsextremes Weltbild (14 % bzw. 20 %) und neigen doppelt so häufig dazu, den gegenwärtigen Rechtsextremismus in Deutschland zu verharmlosen (44 % bzw. 46 %). Autoritäre Ausrichtungen finden auch im Bildungsbereich Zustimmung: 40,5 % aller Befragten befürworten, dass Schulen »Disziplin und Gehorsam« beibringen sollten, weitere 29 % antworten »teils/teils«. Befragte, die sich an ökonomistisch-unternehmerischen Wertvorstellungen orientieren, stimmen der Forderung nach einer autoritären Schule noch häufiger zu.

7. Klimaprogressive geraten unter Druck – Indifferenz, Ambivalenz und Ablehnung nehmen zu

Nur noch 56 % der Befragten sehen den Klimawandel als »eine große Bedrohung für das Land«, in den Vorjahren waren dies mit rund 70 % deutlich mehr. Entsprechend sinkt der Anteil in der Bevölkerung auf nur noch gut die Hälfte (51 %), die eine klar klimaprogressive Haltung vertritt. Umgekehrt nimmt der Anteil jener, der gegenüber Klimaschutz und Energiewende ambivalent bzw. indifferent ist oder allein klimapolitisch regressiv Einstellungen teilt, zu. Befragte, die klimapolitisch regressiv eingestellt sind, gehen signifikant eher in Distanz zur Demokratie auf ganzer Linie. 38 % der Befragten fordert, Klimaschutz dürfe weder zulasten der »Freiheit der Bürger« noch zulasten „von Menschen mit geringen Einkommen“ gehen.« Jeder siebte Befragte spielt dabei den Klimaschutz gegen soziale Gerechtigkeit aus, ohne jedoch Einkommensschwächere entlasten zu wollen – eine Personengruppe, die vom Klimawandel durch die Überhitzung der Städte besonders hart getroffen ist.

8. Politische Kultur unter Druck sozialer Ungleichheiten – Alter, Bildung, Geschlecht und Region als Risikofaktoren?

Je jünger die Befragten, desto häufiger findet sich unter ihnen ein rechtsextremes Weltbild (18- bis 34-Jährige: 7 %), während Nationalchauvinismus und Sozialdarwinismus mit dem Alter zunehmen. Bildung wirkt dauerhaft schützend: Ein hoher Schulabschluss geht mit deutlich geringerer Zustimmung zu antidemokratischen Einstellungen einher. Insgesamt markieren Alter, Bildung, Geschlecht und die Region wichtige Unterschiede, die es erschweren, demokratische Kulturen zu etablieren. Männer fallen teilweise deutlich häufiger als Frauen durch ihre Befürwortung von Rechtsextremismus, Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit und Gewalt auf. Zwischen Ost- und Westdeutschland schwächen sich bisherige Unterschiede teilweise ab bzw. zeigen ein gemischtes Bild: Fremdenfeindlichkeit und Rassismus liegen höher im Osten, Sozialdarwinismus und Klassismus sind im Westen weiter verbreitet. Drei Viertel sind zufrieden mit ihrem Leben und finden, es lebe sich gut in ihrer Region, zwei Drittel bewerten auch die Daseinsvorsorge positiv. Aber das runde Drittel, das weniger zufrieden ist, neigt zu Demokratiedistanz auf ganzer Linie – misstraut der Demokratie häufiger, normalisiert eher die AfD und teilt häufiger rechtsextreme Einstellungen.

9. Mehr politische Bildung für die Demokratie und gegen Rechtsextremismus

Was tun? 61 % der Befragten halten Bildung für ein wichtiges Instrument (25 % teilweise) in der Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus. Bildung sollte gestärkt werden, wobei es insbesondere auf Mündigkeit, Autonomie, Demokratieerfahrungen ankommt sowie auf Politik- und Digitalkompetenz ausgelegte Bildungs-, Erziehungs- und Sozialisationssettings in Schulen. Zum Kampf gegen Rechtsextremismus gehört auch die Stärkung des Sozialstaates. Reale Verteilungsfragen und Gerechtigkeitsdefizite sollten adressiert und bearbeitet werden, wobei Solidarität als zentrale Bewertungskategorie von Politik zu betrachten wäre, etwa in Fragen der Asyl-, Migrations-, Gleichstellungs-, Sozial- und Arbeitsmarktpolitik. Dies kann gelingen, indem Orte

geschaffen und Initiativen gestärkt werden, die kontroverse Debatten erlauben und Mitbestimmung ermöglichen. 51 % der Befragten sind bereit, selbst aktiv zu werden, um die Demokratie zu schützen (25 % teilweise) und sind bereits oder könnten Teil zivilgesellschaftlicher Initiativen gegen Rechtsextremismus werden.

Fazit

Die Ergebnisse zeigen, dass eine weitere Ausbreitung dogmatischer und eindeutiger rechtsextremer Ideologien in der Mitte gebremst werden kann, wenn auch nur auf einem stabilen Niveau. Zudem bieten Versatzstücke dieser Ideologie, wie Menschenfeindlichkeiten, oder die Befürwortung einer Diktatur Brücken vom Rechtsextremismus in die Mitte. Zwar weisen nur 3 Prozent der Befragten ein klar rechtsextremes Weltbild auf, dabei darf aber die Zustimmungen zu den einzelnen Facetten und Elementen rechtsextremer Ideologien nicht übersehen werden.

Die Befragten der Mitte-Studie wünschen sich mit absoluter Mehrheit mehr Bildung zu den Themen Rechtsextremismus, Menschenfeindlichkeit und Demokratie. Allerdings ist das Vertrauen in die Politik und Regierung gesunken, sodass es umso mehr darauf ankommt, dass die Politik ein Vertrauenszeichen sendet und die politische Bildung stärkt. Die Studie zeigt auch, dass zivilgesellschaftlich orientierte Menschen, die Werte von Solidarität und Fairness vertreten, besser geschützt sind vor antidemokratischen Einflüssen. Eine für diese Werte aktive Zivilgesellschaft zu verdächtigen, einseitige Ideologien zu vertreten, wird das Misstrauen erhöhen und Polarisierungen nicht bremsen. Dazu kann Politik die Studie auch zur Selbstreflektion heranziehen. In allen demokratischen Parteien finden sich Ressentiments, die bearbeitet werden können.

Datengrundlage der Mitte-Studie 2024/25

- 2.001 Personen einer repräsentativen Telefonumfrage in der Wohnbevölkerung
- Befragung im Zeitraum von 30. Mai bis 4. Juli 2025 durch die damit beauftragten Umfrageinstitute Gesellschaft für empirische Sozialforschung und Evaluation (uzbonn) und nhi[2] AG Interviews International (nhi[2])
- 40 % Festnetz- und 60 % Mobilfunknummern
- 51 % Frauen und 49 % Männer
- 82 % der Befragten leben in einem westdeutschen Bundesland und 17 % in einem ostdeutschen Bundesland. (22 % überwiegend in Ostdeutschland aufgewachsen/78 % überwiegend in Westdeutschland aufgewachsen)
- 70 % verfügen über die deutsche Staatsangehörigkeit, sind in Deutschland aufgewachsen und haben Eltern, die in Deutschland geboren wurden/30 % der Befragten verfügen über einen sogenannten Migrationshintergrund (in Anlehnung an das Statistische Bundesamt)
- Alter der Befragten 18 – 94 Jahre (Ø 52,3 Jahre)

Pressekontakt

Johannes Damian
E-Mail: presse@fes.de
Tel.: 030 26935-7038

Inhaltliche Fragen

Franziska Schröter
E-Mail: forum.rex@fes.de
Tel.: 030 26935-7309

Weitere Informationen, Grafiken und Kontaktdaten finden Sie ab 6.11.2025 um 11 Uhr unter www.fes.de/mitte-studie
Unser Hashtag: #MitteStudie